

Warum es keine sozialverträglichen Studiengebühren gibt

STUDIENKONTEN UND BILDUNGSGUTSCHEINE

■ *BEREITS KURZ NACH SEINER WAHL zum Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz ging der ehemalige FU-Präsident Peter Gaehtgens in die Offensive: In einem Interview mit dem Uni-Spiegel erklärte er »sozial verträgliche Studiengebühren« für »unabdingbar notwendig«. Damit schwimmt der neokonservative Gaehtgens mitten drin im bildungspolitischen Mainstream, denn auch diverse Landesregierungen aller Coleur versuchen sich mit der Quadratur des Kreises und wollen sozial verträgliche oder gar sozial gerechte Studiengebühren einführen – auch in Berlin.*

VON RALF HOFFROGGE

Die Lösung sollen sogenannte Studienkonten oder auch Bildungsgutscheine bringen. Überlegungen dazu gibt es seit längerem in Rheinland Pfalz und Schleswig Holstein, in Nordrhein-Westfalen ist die Einführung sogar schon beschlossen: die Rot-Grüne Regierung verabschiedete ein entsprechendes Gesetz, das die Einführung der Studienkonten zum Wintersemester 2004 verfügt. In Berlin wird ebenfalls intensiv über solche Modelle diskutiert, bereits die im April anstehende Novelle des Berliner Hochschulgesetzes soll Bestimmungen für ein Studienkontensystem enthalten.

Die erwähnten Modelle sehen vor, daß jede(r) Studierende zu Beginn des Studiums ein bestimmtes Guthaben

Fortsetzung auf S.2 ►

I N H A L T

Studienkonten und Bildungsgutscheine	1
Wie Bildung zur Ware wird	6
Berlin wird Stadt des Wissens	9
Öffentlich investieren – privat abkassieren	10
Bologna und der Bachelor	12
Impressum	15
ASTA-Beratungen	16

EDITORIAL

Liebe Kommilitonen und Kommilitoninnen, auch das Sommersemester 2003 wird wieder einschneidende Veränderungen in Sachen Hochschulpolitik mit sich bringen. Das klingt abstrakt, bedeutet aber in Gestalt von Bachelor und Master, einem neuen Berliner Hochschulgesetz und weiteren Einsparungen bei den Universitäten ganz konkrete Veränderungen für jeden einzelnen von uns.

Sowohl die finanziellen Kürzungen als auch die derzeit laufenden strukturellen Veränderungen bedeuten meist durchweg schlechtere materielle Studienbedingungen, weniger Wahlfreiheit und geringeres Angebot an Lehrveranstaltungen. Diese Maßnahmen werden mehr oder weniger komplett über unsere Köpfe hinweg entschieden.

Um euch die notwendigen Informationen zum Mitreden zu geben, hat der hochschulpolitische Arbeitskreis des AStA dieses Info-Heft herausgegeben, in dem einige Hintergründe und Intentionen der laufenden Veränderungen dargestellt werden. Konkrete Gelegenheit zum Diskutieren gibt es dann in einer

**studentischen Vollversammlung
am 29.4.03 um 14 Uhr im Hörsaal 1a der Silberlaube.**

Nach einigen einführenden Wortbeiträgen unsererseits kann dort jeder und jede seine/ihre Meinung zum Thema beitragen. Das Ziel soll aber auch die Planung und Organisation von Maßnahmen/Aktionen sein, um uns auch außerhalb Gehör zu verschaffen.

Angesichts des gerade ablaufenden blutigen Weltordnungskrieges im Irak mag es euch vielleicht verwundern, dass Ihr mit solchen Nebensachen wie Hochschulpolitik belästigt werdet - aber gerade wegen der allumfassenden medialen Präsenz des Krieges ist es wichtig, die inneren Konflikte um Sozialabbau und neoliberale Strukturreformen nicht aus den Augen zu verlieren. Diese gehören genauso wie der Krieg zu den derzeitigen globalen Konflikten um eine neue Weltordnung. Und hier stehen Schröder und das »alte Europa« eindeutig nicht im Lager der »Guten«. Der Abbau des Sozialstaates und die Ausrichtung der gesamten Gesellschaft nach den Prinzipien des Marktes werden im Gegenteil durch Hartz-Konzept und andere Maßnahmen in atemberaubendem Tempo vorangetrieben. Beim Bildungsabbau sind auch wir betroffen und sollten Widerstand zeigen.

Ralf Hoffrogge, Hochschulreferent des AStA FU

► Fortsetzung von S. 1

von Semesterwochenstunden erhält. Diese werden als Gutscheine ausgegeben oder auf einem sogenannten Studienkonto verwaltet. Für jede besuchte Lehrveranstaltung werden nun Einheiten von diesem Konto abgebucht. Ist das Konto erschöpft, droht entweder die Zwangsexmatrikulation oder eine horrende Strafgebühr (in NRW sind 650 Euro pro Semester vorgesehen). Um das ganze jedoch zu entschärfen, soll das gewährte Guthaben ein Studium über die Regelstudienzeit hinaus ermöglichen – von 20% mehr bis hin zur doppelten Anzahl von Semesterwochenstunden ist die Rede. Dies klingt versöhnlich, ermöglicht es doch scheinbar allen ein gebührenfreies Erststudium. Zudem wird nicht die bloße Verweildauer an den Hochschulen, sondern nur die tatsächlich in Anspruch genommene »Leistung« abgerechnet. Das Versprechen, nicht verbrauchtes Gut-

haben für Fortbildungsangebote nutzen zu können, soll noch die letzten Zweifler überzeugen.

Kontrolliertes Lernen

Die soziale Realität sieht jedoch anders aus. Die sogenannte Regelstudienzeit ist seit jeher eine kaum erreichbare Minimalgrenze, die mit der tatsächlichen Studiendauer nie etwas zu tun hatte. 20% oder 50% mehr Veranstaltungen, die in der Theorie großzügig erscheinen, erweisen sich in der Praxis als bittere Notwendigkeit, um überhaupt einen Abschluss zu erlangen. Besonders bei stetig schlechteren Studienbedingungen. Ein zusätzlicher Sprachkurs oder ein Studienfachwechsel werden im Studienkontenmodell zum Luxus.

Und auch die technische Umsetzung läßt böse Vermutungen aufkommen. Denn wer kann schon fest-

stellen, wie viele Semesterwochenstunden wir schon »verbraucht« haben? Dazu müsste man die Anwesenheits- und Zugangskontrollen an den Unis massiv erhöhen und systematisieren. Der Verwaltungsaufwand kostet nicht nur zusätzliches Geld, sondern wird die Uni auch endgültig vom öffentlichen in einen privaten Ort verwandeln. Der Studierendenausweis oder die Chipkarte mit dem Studienkonto wird zum Privileg. Wer das nicht hat, bleibt außen vor. Und auch der Datenschutz bleibt draußen, denn ohne detaillierte Aufstellung der besuchten Veranstaltungen läßt sich ein Studienkonto nicht verwalten. Die Studierenden haben keine Wahl, sie müssen diese Datensammlung zulassen, um weiter zu studieren.

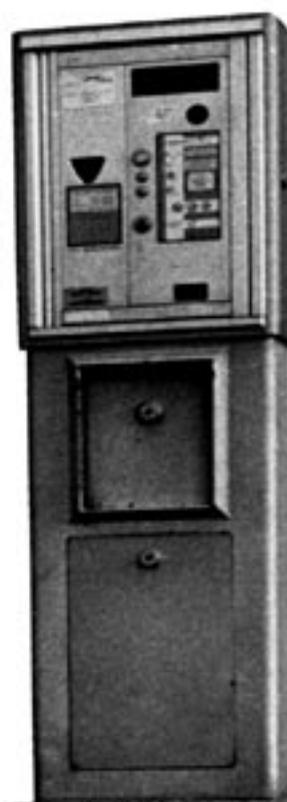
Der Bildungsmarkt

Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen bitter genug sind – viel einschneidender sind die langfristigen Änderungen, die sich aus dem Kontenmodell und seinen ökonomischen Prämissen ergeben. Setzt sich das Modell nämlich durch, dann verabschieden wir uns von einem staatlich garantierten und verwalteten Bildungssystem. Die Entwicklung führt zum Bildungsmarkt, auf dem das Studium und letztlich auch die Studierenden selbst den Charakter einer Ware annehmen.

Die Bildungsgutscheine funktionieren als Zahlungsmittel auf diesem »Neuen Markt«, Universitäten sind die Anbieter und Studierende die Kunden. Durch das Nachfrageprinzip sollen die Hochschulen um ihre studentischen Kunden konkurrieren und in diesem Wettbewerb zu einer Verbesserung ihrer Leistungen gezwungen werden. Dies wird dadurch gesichert, daß Hochschulen die staatlichen Gelder entsprechend der Anzahl der eingelösten Bildungsgutscheine erhalten. ▶



Wenn das Studienkonto abgelaufen ist, einfach nachzahlen. Fast wie Parken, nur teurer – in NRW demnächst 650 Euro pro Semester. Ob dann auch Studienplatzwächter durch die Hörsäle ziehen?



So soll eine allgemeine Qualitätssteigerung erreicht werden. Da jedoch die staatlichen Ausgaben für Bildung in Zukunft eher sinken als steigen werden, handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Was die eine Hochschule bekommt, verlieren die anderen. Eine Ausdifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft in Institutionen erster und zweiter Klasse wäre die Folge. Denkt man die Marktlogik weiter, ist ab diesem Zeitpunkt ein weiteres Kriterium zur Auswahl der Studierenden nötig, die eine Bildung erster Klasse erhalten sollen. Ohne Zugangsbeschränkungen könnten nämlich die begehrteren Hochschulen ihre Qualität nicht aufrechterhalten, sie wären hoffnungslos überfüllt. Denkbar wären eine weitere Verschärfung des Numerus Clausus oder gesonderte Auswahltests. Die logischere Variante ist allerdings eine Preiserhöhung für die »besseren« Leistungen der neuen Elitehochschulen. Der Zugang zur Bildung wäre also alles andere als sozialverträglich geregelt. Im Gegenteil, die Marktlogik führt auch hier zur Ausdifferenzierung des Bildungsangebotes in Luxus für wenige und Billiges für die breite Masse. Innerhalb der einzelnen Hochschulen erfolgt übrigens bereits durch die Bachelor/Master Schranke eine solche Differenzierung in praxisorientierte Bachelor-Studiengänge und die Masterprogramme für die vermeintlich begabtere Elite (siehe dazu auch den Artikel in diesem Heft).

Das öffentliche Gut Bildung würde somit durch die künstliche Verknappung per Studienkonto in eine Ware verwandelt. Und Warenförmigkeit, bedeutet auch stets, daß sich einige mehr als andere leisten können. Insbesondere die Tatsache, daß leere Studienkonten durch Zahlung einer Gebühr wieder »aufgeladen« werden sollen, illustriert die soziale Ungerechtigkeit der neuen Ausschlußmechanismen. Nur begüterte StudentInnen können sich die 650 Euro für jedes »zusätzliche« Semester leisten.

Soziale Unsicherheit

Neben dem Mangel an Verteilungsgerechtigkeit bringt der Bildungsmarkt jedoch weitere unerfreuliche Randerscheinungen mit sich. Durch die zunehmende Konkurrenz untereinander müssen die Hochschulen in ihrer Personalpolitik flexibler werden. Schnelle Einstellungen und Entlassungen sind nötig, um das Angebot der Nachfrage anzupassen. Dieses Prinzip von »Hire and Fire« bedeutet für das wissenschaftliche und sonstige

Personal der Hochschulen eine weitere Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen. Tarifvertraglich und langfristig gesicherte Arbeitsplätze würden Werkverträgen, Projektarbeiten und Kurzzeitjobs weichen.

Hochschule ohne Demokratie

Auch die demokratischen Rechte, die sich Studierende und Mitarbeiter bisher erkämpfen konnten, würden in einer marktorientierten Hochschule eher als Hemmschuh empfunden. Mit den Tarifverträgen würden auch die Personalräte überflüssig, ebenso die Frauenbeauftragte, die verfasste Studierendenschaft und die marginalen Mitbestimmungsrechte in den akademischen Gremien. Sicher werden diese Errungenschaften nicht von heute auf morgen abgeschafft, aber grundsätzlich widersprechen sie der Idee vom »Unternehmen Universität«. In Berlin läuft seit 1997 mit der sogenannten Erprobungsklausel bereits ein Modellversuch in diese Richtung. Die Klausel erlaubt es den Hochschulen, einzelne Teile des Berliner Hochschulgesetzes »zur Probe« außer Kraft zu setzen und eigene Leitungsmodelle zu entwickeln. Dies führte etwa an der FU zu einer enormen Stärkung des Präsidiums und zur faktischen Entmachtung anderer Gremien wie des Akademischen Senats.

Qualitätsverlust bei der Lehre?

Aber auch das Versprechen von der Qualitätssteigerung durch Wettbewerb werden die neuen Steuerungsmodelle kaum einlösen können. Denn Qualität wird hier blind mit Nachfrage gleichgesetzt – eine Hochschule, bei der viele ihre Bildungsgutscheine einlösen, bietet Qualität und soll staatlich besonders gefördert werden. Es gibt jedoch ganz andere Wege, um an die begehrten Gutscheine zu kommen. Das einfachste Mittel wäre eine gute Werbekampagne, mit der eine Uni der anderen die Kunden abwirbt. Private Bildungsanbieter verfahren ähnlich, wie sollen die Kunden sonst über das besondere Angebot informiert werden. Somit würden Steuergelder nicht in die Lehre, sondern in die Selbstdarstellung investiert.

Aber nicht nur die Werbeagenturen würden subventioniert, sondern auch private Bildungsanbieter: wenn übriggebliebene Gutscheine nämlich nach dem Studium zur Fortbildung bei solchen Unternehmen eingelöst werden können, wie es die Modelle vorsehen. So würden weitere staatliche Mittel aus dem ohnehin unterfinanzierten Bildungssystem abgezogen.

Auch besondere Förderung der nachgefragten Hochschulen führt nicht unbedingt zur besseren Lehre. Sie würde eher das Interesse erhöhen, die Studierenden möglichst lange im Studium zu halten, um ihre Konten zu leeren. Mit hohen Durchfallquoten ließe sich das leicht bewerkstelligen. Der Steuerungseffekt hin zu kürzeren Studiendauern wäre dahin. Da liegt eher der Gedanke nahe, die Hochschulen mit kurzer Studierendauer im Rahmen einer leistungsbezogenen Mittelvergabe, wie sie vielerorts schon Praxis ist, besonders zu prämiieren. Dann würde es sich auszahlen, die Inhalte zu reduzieren und die Studierenden im Schnelldurchlauf zum Abschluß zu treiben.

So oder so: das derzeitige Desinteresse an der Lehre durch ein ökonomisches Interesse zu ersetzen, wird die Lehre eher verschlechtern als verbessern.

Auch die Fächervielfalt wird sich mit der ökonomischen Steuerung wohl weiter reduzieren. Exotenfächer wie Ägyptologie etwa verursachen höhere Kosten als gut besuchte Fächer wie BWL – auch bei der Produktion von Abschlüssen ist eben Massenproduktion billiger als Maßarbeit. Die Spezialisierung der Hochschulen führt so zur Vernichtung gewachsener Fächervielfalt. Und auch die teure Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften wird wohl noch stärker aus der Universität ausgelagert werden – und somit für Studierende unzugänglich sein.

Fazit

Das Studienkontenmodell ist keine x-beliebige Sparmaßnahme und auch nicht die sozial verträgliche Alternative zu Studiengebühren. Es sorgt vielmehr für eine künstliche Verknappung von Bildung und verwandelt ein staatlich garantiertes Recht schrittweise in eine Handelsware. Die ökonomistischen Steuerungsmechanismen begünstigen Elitenbildung und beschränken das Studium für den Großteil der Studierenden auf eine unzureichende »Grundversorgung«. Dabei ist es letztlich egal, ob das Konto zunächst der 1,5 fachen oder der doppelten Regelstudienzeit entspricht. Der Anfangsbetrag des Kontos kann später durch den Gesetzgeber problemlos auch auf die einfache oder halbe Regelstudienzeit gesenkt werden. Angesichts leerer Kassen ist das ein wahrscheinliches Szenario. Die Intensivierung der Kontrolle, die fehlende Demokratie des Bildungsmarktes, die Entstehung einer zwei-Klassen-

Bildung etc. – all diese Effekte können nur die grundsätzliche Ablehnung solcher Modelle zur Folge haben.

Es gilt, dem herrschenden Verständnis von Bildung als Ware eigene Vorstellungen von Bildungsgerechtigkeit entgegenzusetzen und offensiv zu vertreten. ■

Literatur:

Klemens Himpele: »Modernes Bildungsprivileg«, in: Studienheft Bildungsfinanzierung, hrsg. vom Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi).

Klemens Himpele: »Leistung lohnt sich wieder«, in: Zeitung gegen Studiengebühren Ausgabe Winter 2002/03, hrsg. vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).

Zum Thema Chipkarten gibt es einen Reader der Landesastenkonzferenz Berlin, er erscheint voraussichtlich im SoSe 2003.

Alles im AstA erhältlich bzw. einsehbar.

WIE BILDUNG ZUR WARE WIRD

VON DAVID HACHFELD

▶ 18. Juni 2002, Düsseldorf: 30.000 Studierende aus ganz Nordrhein-Westfalen protestieren gegen die Landesregierung, sie durchbrechen die Bannmeile und blockieren den Landtag. Einigen gelingt es sogar, in das Gebäude einzudringen, in dem das Landesparlament über die Einführung von Studiengebühren diskutiert. Doch scheint der Kampf gegen die drohenden Gebühren nur ein Teil ihres Protests zu sein: auf ihren Transparenten stehen nicht nur Slogans gegen Studiengebühren, sondern auch: »Bildung ist keine Ware«, »Wir sind keine Konsumenten« und »Stoppt GATS«.

Bildung als Ware? Studenten als Konsumenten? Was soll das heißen? Wie kommt man überhaupt darauf, dass Bildung eine Handelsware, ein käufliches Produkt sein könnte?

Doch die Demonstranten wissen, warum sie diese Forderungen auf ihre Plakate geschrieben haben. Was auf den ersten Blick absurd klingen mag, ist längst Realität. Bildung ist zu einer Ware geworden, mit deren Vertrieb viel Geld verdient wird. Um das zu verstehen,

lohnt es sich, die Entwicklungen der letzten 20 Jahre genauer unter die Lupe zu nehmen.

Rückblick

Die Transformation des öffentlichen Bildungswesen in einen auf Profit ausgerichteten Dienstleistungssektor beginnt im Großbritannien der 80er Jahre: mit der Wahl Margaret Thatchers zur Premierministerin erfährt der Bildungssektor wie auch alle anderen Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge eine radikale Neuausrichtung nach neoliberalen Muster. Am stärksten treten diese Veränderungen im Hochschulbereich in Erscheinung. Thatcher sorgt dafür, dass die öffentliche Finanzierung der Universitäten drastisch runtergefahren wird. Gleichzeitig erhöhen sich die Studiengebühren ausländischer Studenten: sie sollen sich künftig an der Marktlage orientieren, jedoch mindestens die Gesamtkosten des jeweiligen Studienplatzes abdecken. Ausländische Studenten entwickeln sich so zu einer Einnahmequelle für die durch massive Kürzungen belasteten Bildungs-

einrichtungen. In den folgenden Jahren verstärkt sich insbesondere durch die Vereinheitlichung des Hochschulwesens der Kampf der einzelnen Einrichtungen um »Marktanteile«. Mit ausgefeilten Werbekampagnen und Rekrutierungsbüros in den Hauptherkunftsländern wird um die Kunden gerungen. Die Hochschulen werden gezwungen, sich stärker an Managementkriterien zu orientieren und auch das Vokabular verändert sich: die Ausbildung soll vor allem effizient sein, die Kosten, die das Studium eines Studenten verursacht, werden in der unternehmerischen Sprache zu »Stückkosten«, die es zu reduzieren gilt, und das Profil der Bildungseinrichtungen soll stärker vom Markt und den möglichen Gewinnchancen bestimmt werden. Genauso wie Studierende Kunden werden, werden die Hochschulen marktformige Unternehmen.

Dimensionen

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der in Großbritannien studierenden Ausländer mehr als verdreifacht, in Australien war der Zuwachs noch stärker. Dort machen die Studiengebühren ausländischer Studierender inzwischen durchschnittlich 7% der Universitätshaushalte aus, in manchen Einrichtungen liegt dieser Anteil sogar bei einem Drittel. Bildung ist in dem südpazifischen Land mit einem Umfang von 3,15 Mrd. A\$ (etwa 1,79 Mrd. Euro, Stand 1998/99) inzwischen der achtgrößte Exportsektor, denn das profitorientierte Angebot für ausländische Studierende gilt als Export.

Der Bildungsexport beschränkt sich jedoch nicht auf Menschen, die im Ausland studieren. Vor allem in den letzten Jahren haben Bildungsanbieter angefangen, ihr Angebot kommerziell direkt im Ausland anzubieten.

Ein großer Teil dieser Exporte findet über das Internet statt. So bietet beispielsweise die University of Southern Queensland einen Teil ihres Angebots auch als Fernstudium an. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Anbietern, die ausschließlich Fernprogramme anbieten. So kauft die Cardean University, die von der börsennotierten U.Next.com betrieben wird, Studienprogramme von renommierten Universitäten und bietet diese dann gewinnbringend über das Internet an. Cardean University existiert also nur virtuell als Bildungszwischenhändler.

Studiengänge werden inzwischen auch direkt im Ausland als sogenannte »offshore«-Programme angeboten.

Einige Hochschulen eröffnen Filialen in anderen Ländern (Branch-Campus). So betreiben beispielsweise das Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) einen Campus in Malaysia und die RWTH Aachen einen in Thailand, um damit die Zahl ihrer zahlenden Studierenden, also ihren Marktanteil zu erhöhen.

Eine häufiger gewählte Form des »offshore« Angebots ist das Franchising. Dabei bietet eine lokale Universität einen Studiengang unter dem Namen einer ausländischen Universität an, die dafür einen Teil der Studiengebühren bekommt.

Dieser knappe Abriss über einige Formen des Bildungshandels macht deutlich, dass Bildung längst zu einer Ware geworden ist, mit deren Vertrieb viel Geld verdient wird.

Trotzdem sind die Entwicklungen der letzten Jahre in den Augen der Bildungsexporteure nur der Anfang einer grundlegenden Umgestaltung des Bildungswesens und der Schaffung eines Bildungs-Weltmarkts. Bisher konzentrieren sich die Exporte auf den Hochschul- und den Weiterbildungsbereich, Absatzmarkt ist vor allem Süd-Ost Asien.

Der Gesamtumsatz der exportierten höheren Bildung belief sich 1995 auf 27 Mrd. US\$. Die weltweiten Bildungsausgaben werden jedoch auf über 2 Billionen US\$ jährlich geschätzt, wobei der bei weitem überwiegende Teil dieser Dienstleistungen bisher öffentlich organisiert und damit nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Von der Umgestaltung des gesamten Bildungswesens nach marktwirtschaftlichen Kriterien versprechen sich Bildungsanbieter und Kapitalanlagefirmen hohe Profite. Das große Interesse an der Kommerzialisierung und Liberalisierung des Bildungssektors erklärt sich genau dadurch: wenn Bildung zur Ware gemacht wird und weltweit gehandelt werden kann, dann lässt sich damit auch Geld verdienen, und zwar nicht gerade wenig.

Das GATS-Abkommen als Druckmittel

Ein Mittel, um diese Kommerzialisierung voranzutreiben, ist das GATS (General Agreement on Trade in Services). Dieses Abkommen der Welthandelsorganisation WTO soll den Handel mit Dienstleistungen weltweit liberalisieren und handelsbehindernde Regulierungen abbauen.

Zur Zeit wird das GATS neu verhandelt. Konzentrierte es sich bisher auf Dienstleistungssektoren, die

vorwiegend in privater Hand sind, so geht es nun um die Einbeziehung von bisher vorwiegend staatlich geleisteten Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung.

Wird Bildung dem GATS unterstellt, so beginnt in diesem Bereich der Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern. Das Prinzip der Markttöffnung sorgt dafür, dass jeder Bildungsanbieter unbeschränkt seine Dienstleistungen auf den Markt bringen und Tochterunternehmen oder Filialen in anderen Ländern gründen kann. Das Prinzip, dass alle Unternehmen, inländische wie ausländische, gleichgestellt werden müssen, sorgt dafür, dass staatliche Zuschüsse nur noch dann möglich sind, wenn sie jeder Anbieter bekommt, egal ob transnationaler Bildungskonzern oder Dorfschule. Bildungseinrichtungen, die nicht auf Profit ausgelegt sind, wird es dann kaum noch geben.

Situation in Deutschland

Die Kommerzialisierung des Bildungswesens ist in Deutschland noch nicht sehr weit fortgeschritten. Zwar gibt es inzwischen eine ganze Reihe von kommerziellen Anbietern wie zum Beispiel die GISMA in Hannover, eine Tochter der Krannert Graduate School of Management der Purdue University, doch führen diese bisher eher ein Nischendasein.

In einer Studie des konzernnahen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) werden dafür vor allem zwei Gründe genannt: das öffentliche Bildungswesen ist qualitativ und quantitativ zu gut ausgebaut und bietet kaum Lücken oder Engpässe, in die ein privater Anbieter vordringen könnte. Der zweite Grund ist die immer noch nicht vollständig abgeschaffte Gebührenfreiheit des Studiums in Deutschland. Würde das GATS für den Bildungssektor uneingeschränkt gelten, würde sich das schnell ändern. Eine kostenloses, qualitativ hochwertiges Studium würden es dann nicht mehr geben.

Doch was passiert, wenn Bildung zur Ware wird?

Mit der Umgestaltung des Bildungswesens nach marktwirtschaftlichen Kriterien hat sich auch der Bildungsbegriff verändert. Galt Bildung im 19. und 20. Jahrhundert – zumindest der Idee nach – als grundlegendes Menschen- und Bürgerrecht und als Bedingung der persönlichen Entfaltung des Einzelnen, so wird heute

ein anderer, der neoliberalen Ideologie entsprechender Bildungsbegriff propagiert: Bildung als Investition. Dieser Ideologie folgend muss jeder Mensch selbst bestimmen, wie viel Geld er in seine Ausbildung oder in die seiner Kinder investieren will. Je mehr investiert wird, so wird suggeriert, um so mehr wird man später durch eine höhere Berufsstellung und ein entsprechend größeres Einkommen herausbekommen. Am weitesten fortgeschritten ist diese Vorstellung von Bildung wohl in den USA. Wer es sich leisten kann, richtet bei der Geburt seiner Kinder Sparprogramme ein, wie z.B. das Coverdell Education Savings Account (ESA). Jährlich wird eine Summe von bis zu 2.000 US\$ eingezahlt, die dann für die Ausbildungskosten zur Verfügung stehen. Der Großteil der amerikanischen Studierenden muss das Studium jedoch über Kredite finanzieren. Steigende Studiengebühren haben inzwischen dazu geführt, dass ein Collegeabschluss für viele Familien mit geringem Einkommen praktisch unbezahlbar geworden und auch ein wachsender Teil der Mittelschicht in den Sog der Verschuldung geraten ist. Der Druck auf die Studierenden, ihr Studienfach vor allem nach den späteren Verdienstmöglichkeiten auszuwählen, ist daher enorm, schließlich muss sich die Investition ja lohnen.

Der Ideologie, die Bildung als eine käufliche Ware und als Investition versteht, liegt ein sehr beschränktes und problematisches Menschenbild zugrunde: der Mensch als homo oeconomicus, dessen Ziel es ist, mehr zu bekommen: mehr Geld, mehr Profit, mehr Lohn. Der Mensch wird hauptsächlich in seiner Funktion als egoistisches Wirtschaftssubjekt gesehen. Doch einen solchen Menschen gibt es zum Glück nicht. Eine Ideologie, die dennoch versucht, einen Menschen auf diese Eigenschaften zu reduzieren, ist gefährlich, ein Bildungssystem, das dieser Logik folgt, dient nicht den Menschen, sondern der Profitmaximierung.

Wenn Bildung keine Ware, sondern ein elementares Menschenrecht sein soll, zu dem jeder Mensch gleichberechtigten und freien Zugang hat, ist es allerhöchste Zeit, aktiv zu werden. Dies gilt jedoch nicht nur für SchülerInnen und Studierende, sondern für alle, die nicht in einer Welt leben wollen, die für einen Menschen geschaffen ist, den es nicht gibt.

B E R L I N

WIRD

STADT DES WISSENS

(Sie weiß bald, wie man eine Uni platt macht)

VON TOBIAS SCHULZE

Schon mal überlegt, warum Du mit so vielen Leuten im Seminar sitzt? Warum es immer weniger Profs an Deinem Fachbereich gibt? Warum an Bibliotheken seit Jahren Ausleihstopp herrscht?

Schon jetzt sind die Auswirkungen der ersten Sparwelle aus den 90er Jahren verheerend. Ein Drittel des Wissenschaftsetats wurde bereits eingespart. Inzwischen studieren in Berlin circa 125.000 Menschen auf 85.000 ausfinanzierten Studienplätzen. Berlin hatte und hat das Problem, aus zwei hochsubventionierten Stadtteilen zu einer finanziell mager ausgestatteten, deindustrialisierten Stadt mit wenig Wirtschaftskraft zusammenzuwachsen. Dass dabei die Unis eine der wenigen Hoffnungsträger für die Zukunft sein könnten, ist zwar bis in die Regierungsebene vorgedrungen, anscheinend aber nicht bis zu den Haushaltspolitikern.

Das Instrument, mit dem Einsparungen im Wissenschaftsbereich durchgesetzt werden, sind Hochschulverträge. Sie werden zwischen den Hochschulpräsidien und dem Land Berlin abgeschlossen. Dass nur die PräsidentInnen verhandeln, ist an sich schon sehr undemokratisch. Die Hochschulen verpflichten sich, einen bestimmten Betrag einzusparen, gleichzeitig erhalten sie für die Vertragslaufzeit feste Mittel und haben so etwas Planungssicherheit. Auch Sparforderungen, die sich direkt auf Studienformen- oder inhalte auswirken, wie die Umwandlung in Bachelor/Master-Studiengänge (s. Artikel dazu), sind in den Hochschulverträgen festgeschrieben.

Die derzeitigen Verträge laufen bis Ende 2005. Fraglich ist jedoch bereits, ob sie überhaupt eingehalten

werden, denn das Land versucht, vereinbarte Aufwüchse für Gehaltserhöhungen einzusparen. Dies geschieht mit der Begründung, dass die Hochschulen aus den Flächen-tarifverträgen ausgestiegen seien.

Derzeit laufen die Verhandlungen für die Vetrträge ab dem Jahr 2006. Der Finanzsenator hat bereits eine jährliche Einsparsumme von 200 Mio. Euro im Bereich der Hochschulen festgesetzt. Das wäre der Etat der TU oder der HU ohne die Medizin! Entweder müsste eine Uni geschlossen werden, oder die drei Unis wären kaum noch arbeitsfähig. Die Zahl der ausfinanzierten Studienplätze müsste dann kräftig gesenkt werden. Wissenschaftssenator Thomas Flierl hat diese Einsparungen zwar für nicht realisierbar erklärt, aber bei einem Schuldenberg von derzeit 47,8 Milliarden Euro hat er schlechte Karten in senatsinternen Auseinandersetzungen. Nötig ist hier kämpferischer Widerstand der Studierenden, die der Haushaltslogik die Forderung nach ihrem Recht auf Bildung und eine Debatte über die jetzt schon katastrophalen Studienbedingungen entgegenzusetzen müssen. Für den Haushalt Berlins wären gesparte 200 Mio. jährlich hingegen nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Allein im letzten Jahr mussten ca. 6 Milliarden neue Schulden gemacht werden.

Die bisherigen und geplanten Einsparungen zerstören irreparabel Wissenschaftslandschaft und Studienmöglichkeiten, unsere und die Zukunft derjenigen, die jetzt im Kindergarten, in der Schule oder woanders für ihr Leben lernen, steht weiterhin auf dem Spiel. ■

European School of Management and Technology

Öffentlich investieren

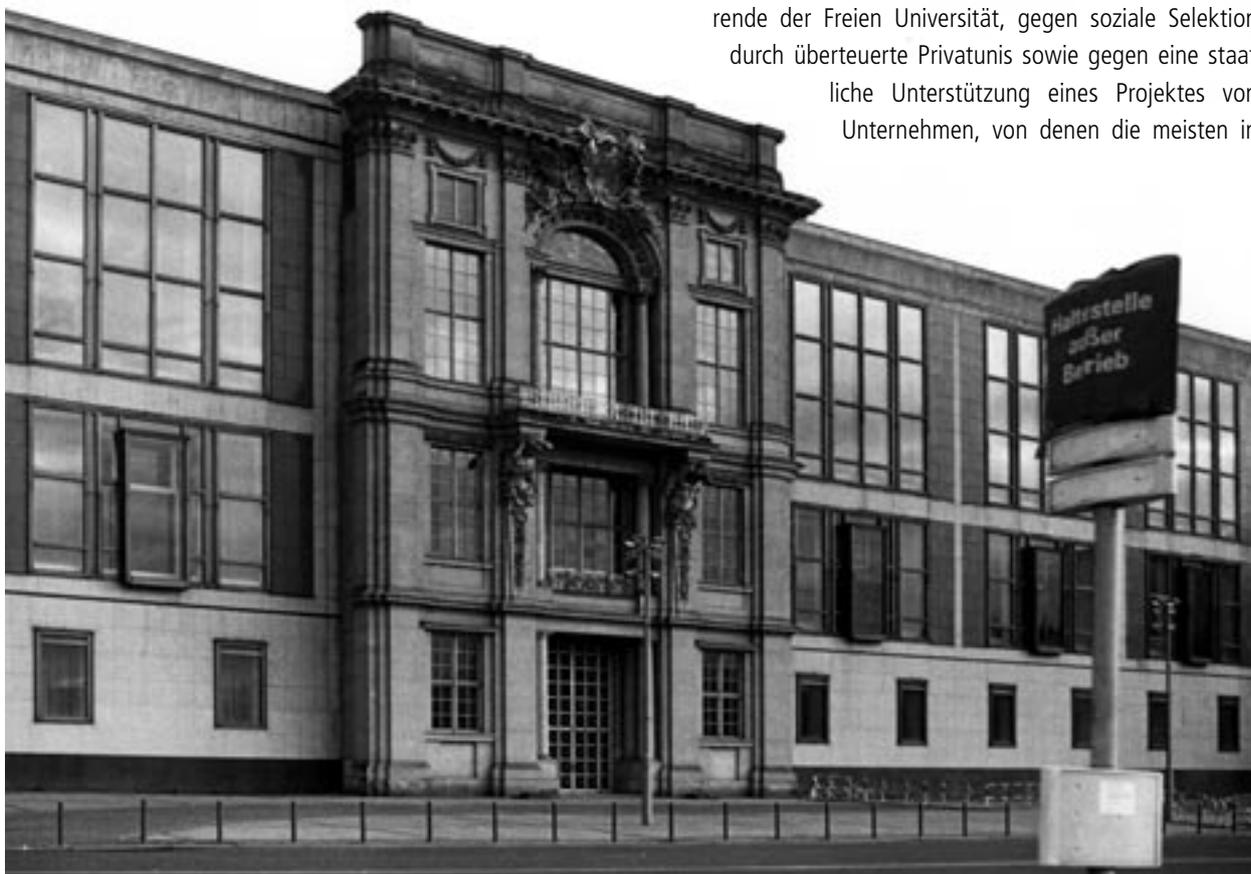
privat abkassieren

VON FELIX ROLOFF

Die Finanzierung war immer noch wacklig, doch die »European School of Management and Technology« (ESMT) ließ sich einen pompösen Auftakt nicht nehmen. In Anwesenheit von Bundespräsident Johannes Rau und Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wurde im Oktober 2002 die neue Eliteschmiede der deutschen Wirtschaft,

darunter die Deutsche Bank, E-ON, DaimlerChrysler, Allianz, Siemens, BMW, Bertelsmann, SAP und die Deutsche Telekom, durch einen »feierlichen Gründungsakt«, so die Veranstalter, im Staatsratsgebäude ins Leben gerufen.

Auf der anderen Straßenseite, abgeschirmt durch ein großes Aufgebot der Berliner Polizei, skandierten etwa 150 aufgebrachte Demonstranten, vornehmlich Studierende der Freien Universität, gegen soziale Selektion durch überbeuerte Privatunis sowie gegen eine staatliche Unterstützung eines Projektes von Unternehmen, von denen die meisten in



Von diesem Balkon aus (damals noch zum Stadtschloss gehörig) proklamierte Karl Liebknecht am 9. November 1918 die »freie sozialistische Republik Deutschland«. Was wird uns wohl der Managementnachwuchs demnächst verkünden?

ihren jeweiligen Branchen zu den größten Konzernen der Welt gehören.

Die Abschlüsse der ESMT sind unter anderen Master of Business Administration (MBA) und Master of Public Management (MPM) und laufen frühestens ab 2004 an. Die Abschlüsse sollen bis zu 50.000 Euro kosten. Damit zählen sie weltweit zu den teuersten Abschlüssen und sind dementsprechend elitär. Sie übertreffen sogar die Gebühren von Hochschulen wie Harvard und Stanford in den USA, die »nur« 36.770\$ bzw. 33.000\$ pro Jahr kosten. Soziale Selektion á la carte. Und dies sollen auch noch die Berliner Steuerzahler mit finanzieren.

Tatsache ist, dass der Berliner Senat in dieser Haushaltsrunde ca. 200 Mio. Euro bei den Berliner Jugend- und Sozialhilfeleistungen streicht. Zum Beispiel werden 900 Erzieher/innen wegrationalisiert. Gleichzeitig wird aber für satte 24 Mio. Euro das Staatsratsgebäude vom Bund abgekauft, um es dann kostenlos und mietfrei der ESMT zu überlassen.

Den Konzernchefs, die an der ESMT die Elite des Kapitalismus heranbilden wollen, ist das Staatsratsgebäude allein nicht genug. Die Wirtschaftselite setzte darauf, dass die Ausstattung eines Gebäudes, in dem Kanzler Schröder residierte, absolut zeitgemäß ist. Doch die Hoffnung wurde bitter enttäuscht. Elektro-, Heizungs- und Klimaanlage, alle müssen von Grund auf saniert werden, jammern jetzt die Bosse. Die Kosten für die Sanierung werden auf 25 Mio. Euro geschätzt. Gut erhalten sind lediglich die Mosaikfenster im Foyer mit Friedenstaube, Hammer und Zirkel, NVA-Soldaten sowie einem Porträt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. ESMT-Promoter Cromme dazu: »Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Sanierung eines Gebäudes normalerweise Sache des Eigentümers ist.«

Eine Frechheit angesichts der Gewinne, die die Betreiberfirmen der Privatuni jährlich einfahren und der Tatsache, dass das Staatsratsgebäude schon mietfrei der ESMT übergeben wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Berliner Senat bereits eine Beteiligung an den auf 25 Mio. Euro geschätzten Sanierungskosten des Gebäudes zugesagt hat. Laut Informationen der GEW Berlin hat der Senat schon vor Wochen die Möglichkeit einer Aufnahme der Kosten von 24 Mio. Euro für den Grunderwerb und

von 25 Mio. Euro für die Sanierung des Gebäudes in die Hochschulbauförderung des Bundes ausgelotet. Daher muß befürchtet werden, dass Berlin diese Mittel vorstrecken und deren nachträgliche Aufnahme in die Hochschulbauförderung beantragen will. Laut GEW ist es allerdings wenig wahrscheinlich, dass dies gelingt. Berlin würde dann auf den Kosten sitzen bleiben. Zu den bereits gezahlten 24 Mio. Euro für das Gebäude würden dann also noch weitere 25 Mio. Euro für die Sanierung hinzukommen.

Dieser Kniefall des Berliner Senats vor den Trägerfirmen der ESMT zeigt, dass Berlin aus Olympiapleiten und Bankenskandal nichts gelernt hat. Während im öffentlichen Bildungsbereich gerade Millionenbeträge gekürzt werden und den Berliner Hochschulen ein weiterer Abbau von 25.000 Studienplätzen angedroht wird, schießt der Senat offenbar erhebliche finanzielle Mittel in eine Privatausbildung von 300 Jungmanagern/innen. Mit der Summe von 50 Mio. Euro könnten zum Beispiel die Unimedizin sinnvoll umstrukturiert oder 1000 neue Lehrer/innen eingestellt werden.

Alle Erfahrungen mit Privatunis in Deutschland zeigen: Das ist ein Fass ohne Boden. In einer Situation, in der Berlin von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst Gehaltsverzicht als Solidarbeitrag einfordert und kurz davor steht den Haushaltsnotstand auszurufen zu müssen, ist jeder weitere Cent für eine Privatuni ein Skandal.

Angesichts der seit Jahren anhaltenden Mittelkürzungen für die Berliner Hochschulen, vor allem aber auch angesichts des unverantwortlichen massiven Abbaus von Stellen und Studienplätzen sowie der einschneidenden Sparauflagen, die zur Teilschließung einzelner Standorte führen werden (z.B. Hochschulmedizin), ist es eine Verletzung der Gemeinwohlbindung des Staates, wenn dieser sich finanziell für eine neue Hochschule privater Interessenten engagiert, die bisher weder über ein valides Konzept verfügt noch die öffentlichen Kriterien erfüllt, wie zum Beispiel, dass in allen inhaltlichen Fragen von Forschung und Lehre zwischen der privaten Hochschule und dem Finanzierungsträger Unabhängigkeit bestehen muß. Das Land Berlin sollte stattdessen alle Kräfte bündeln, um seine noch immer weltweit anerkannten Hochschulen und Forschungsstätten vor dem Ausbluten zu bewahren. ■

BOLOGNA UND BACHELOR

■ *AUCH AN DER FU werden mittlerweile immer mehr Bachelor- bzw. Master-Studiengänge installiert. Auf lange Sicht ist geplant, nahezu alle Studiengänge auf dieses System umzustellen – ohne dass die Studierenden darüber informiert werden oder gar Kritik äußern dürfen. Die Hintergründe dieser großangelegten Studienreform sind kaum bekannt oder werden durch diffuse Desinformation vernebelt. Deshalb hier einiges zu Geschichte und Intentionen des BA/MA.* VON SIIRI ANDERSON



Nach einer ersten Konferenz der europäischen Bildungsminister in Paris gab es 1999 in Bologna eine Nachfolgekonferenz, mit dem Ergebnis der »Bologna-Erklärung« .

Intention dieser Erklärung ist die Schaffung eines einheitlichen »europäischen Hochschulraums« zur »Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulsystems«. Unter anderem beinhaltet die Erklärung von Bologna als Kernpunkt die »Einführung eines europaweiten Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse«: das Bachelor/Master Konzept.

Mit Bachelor und Master bezeichnet man die universitären Abschlüsse im angloamerikanischen Raum. Der Bachelor (kurz BA) stellt den ersten Abschluss dar, der den sehr stark praxisbezogenen Teil der Ausbildung ausmacht. Nach dem Bachelor kann man entweder schon in den Beruf einsteigen, oder ein ein- bis zwei-

jähriges wissenschaftliches Studium mit dem Master-Abschluss folgen lassen. Allerdings kann auch nach der Berufstätigkeit weiterhin ein Masterstudium abgeschlossen werden. Danach wäre dann noch der Doktor möglich.

Vor allen Dingen hat die Ausbildung jenseits des großen Teiches einen viel stärkeren Praxisbezug: den AbsolventInnen wird nur das Handwerkszeug an die Hand gegeben, mit dem sie sich dann im Berufsleben weiterentwickeln müssen. So soll das vielbeschworene »Life-Long-Learning« realisiert werden.

Natürlich ist gegen eine ständige Vermehrung des Wissens nichts einzuwenden, doch haben Vergleiche gezeigt, dass das Niveau der AbgängerInnen der Universitäten in den U.S.A. durch die kürzere Ausbildung viel geringer als in Europa ist.

Ein weiteres Merkmal der BA/MA-Studiengänge ist die Einteilung in sogenannte Module. Ein Modul stellt eine Einheit bzw. ein Bauelement dar. Es ist Bestandteil eines größeren Ganzen ist, und jedes Modul hat eine definierte Funktion (vgl. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung). Diese

Module können den heutigen Vorlesungen inklusive der Übungen entsprechen, können aber auch Seminare und Projektarbeiten umfassen. Zu jedem Modul gehört eine Prüfungsleistung in Form einer Klausur, Abschlussarbeit oder eines Referates. Hat man alle Prüfungen der erforderlichen Module bestanden, so fehlt nur noch eine Bachelor- oder Masterarbeit, um den Abschluss in der Tasche zu haben. Um den Praxisbezug herzustellen, sind einzelne Module explizit als Praktikum oder auch Auslandsemester angelegt. Nicht nur die Fachkompetenz der Studierenden soll ausgebildet werden, sondern ebenso die Vermittlungs- und die »Sozialkompetenz« in Form von Team- und PC-Arbeit.

Besonders die soziale Kompetenz wird als etwas neues, nicht vorhandenes beschrieben und in der Politik und Wirtschaft hochgelobt. Doch die soziale Kompetenz ist schon lange etwas alltägliches in den Seminaren. Auch ist anzunehmen, dass auch vor dem Eintritt in die

Uni die Menschen nicht gänzlich ohne Sozialverhalten ausgekommen sind. Wozu diese Betonung? Es ist wohl zu befürchten, dass dies auf Kosten der Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten geschieht oder ein vorgeschobenes Argument ist, um den angeblichen Wert des BA/MA zu erhöhen.

Darüber hinaus beinhaltet es die Modularisierung, dass nur bestimmte Module angeboten werden. (Im ersten Jahr vor allem Pflichtveranstaltungen.) D.h., die jetzige, durch die Seminare gegebene Vielfalt an Veranstaltungen, reduziert sich dramatisch. Seminare, die nicht beruflich verwertbar sind werden wegrationalisiert bzw. nicht als Module angeboten. Das Ergebnis ist eine zensierte, einseitige und oberflächliche Ausbildung, die den Anforderungen einer wissenschaftlichen Ausbildung in keinsten Weise entspricht und wohl auch nicht entsprechen soll. ▶



Bildung aus Modulkonserven: Damit der Studi aus der Hand frißt (hilft auch gegen fettige Haare!). Von erfolgreichen Managern empfohlen

Begründet wird die Einführung des BA/MA mit der Internationalisierung. 80% der Hochschulabschlüsse der Welt basieren auf dem angloamerikanischen System. »Um auf die Herausforderungen, die die fortschreitende Globalisierung mit sich bringt, reagieren zu können, ist eine Anpassung deutscher Studienangebote an internationale Modelle unausweichlich« (vgl. BLK). Sowohl die Bologna-Erklärung, als auch das HRK (Hochschulrektorenkonferenz) und sonstige Kommissionen im Zusammenhang mit der deutschen Hochschulreform fordern ausdrücklich, dass das Ziel, die Attraktivität der HochschuleN zu steigern, um auf dem nationalen und internationalen Ausbildungsmarkt wettbewerbsfähig sein zu können an allererster Stelle stehen muss. Die Ausbildung wird dabei zweitrangig. In den Analysen, Berichten, Konferenzen geht es immer nur darum wie das Hochschulsystem den Anforderung des globalen Marktes gerecht wird, aber kein einziges Mal darum, wie das Hochschulsystem den Anforderungen der Wissenschaft am besten gerecht wird.

Der Schwerpunkt dieser Hochschulreform liegt also nicht auf der Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten, sondern auf der Wettbewerbsfähigkeit Europas beim zukünftigen Export kostenpflichtiger Bildung (Vgl. dazu auch den Artikel »Wie Bildung zur Ware wird« in diesem Heft). Dabei erweist sich das BA/MA-Konzept am fähigsten. Wettbewerbsfähigkeit allein bestimmt die Inhalte und Formen der Wissenschaft und reduziert sie auf den Status einer Ware.

Ein anderes Argument, dass »für« die Einführung des BA/MA spricht, ist das Alter. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) äußert sich dazu folgendermaßen: »Bachelor-Absolventen sind jünger als bisherige Bewerber aus Diplom- oder Masterstudiengängen und können frühzeitig gemäß den betrieblichen Anforderungen ins Unternehmen eingebunden werden.«.

D.h. Bachelor-AbsolventInnen können auf Grund ihrer kürzeren Studienzeit früher ins Berufleben eintreten. Dadurch sind sie vor allem billiger für die Unternehmen, denn gerade wegen der kurzen Ausbildungszeit werden sie wohl kaum dieselben Löhne erhalten wie etwa die InhaberInnen eines Diploms.

Fraglich ist auch, ob hier nicht die Not zur Tugend wird. Der BLK-Bericht »Erste Erfahrungen und Empfeh-

lungen aus dem BLK-Programm Modularisierung« geht von der Annahme aus, dass den Hochschulen kaum staatliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Kurzgefasst »entledigt« sich der Staat effektiv und kostengünstig der Studierenden, indem er sie frühzeitig, mit einem minderwertigen Abschluss in die Berufswelt entlässt. Durch das BA erhofft man sich kürzere Studienzeiten und eine bessere Kontrolle der Studierenden (die durch die ausführlichen Vorgaben der jeweiligen Modulen und deren verschulte Struktur gegeben sind).

Durch die Zulassungsbeschränkungen zum weiterführenden Master-Studiengang gewährt man zudem nur einer Minderheit der Studierenden (etwa 20%) einen Abschluss auf dem Niveau des Diploms oder Magisters.

Fazit

Man wirbt mit Flexibilität, effizienter Ausbildung und Eigenverantwortung (beim Zusammenstellen der Module, d.h. im ersten Jahr keine Auswahl, im zweiten Jahr schließlich ein etwas größere Auswahl), während man gleichzeitig das Studium entwertet und entwissenschaftlicht.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit (bzw. Internationalisierung) nutzt man dabei als Deckmantel, um die Hochschulen nach kapitalistischer Marktlogik umzubauen.

Mit gezielter Desinformation versucht man einerseits, uns das BA/MA schmackhaft zu machen. Alle Artikel (Analysen, Aufsätze, Konferenzen) und Bücher, die sich mit dem angloamerikanischen System BA/MA auseinandersetzen, sind auffällig unkritisch und einseitig.

Mit gezielter Nicht-Information versucht die Politik andererseits das BA/MA an den Hochschulen über den Köpfen der Studierenden und Universitäten hinweg einzuführen. Die Beschlüsse auf europäischer Ebene werden erst jetzt an den Universitäten durchgesetzt, nachdem auf den höheren Ebenen schon längst die Grundsatzentscheidungen ohne Mitwirkung von Studierenden und Lehrenden getroffen wurden. Die Bologna-Erklärung verpflichtete sich zwar ausdrücklich, die Autonomie der Universitäten zu respektieren. Faktisch jedoch wird den Betroffenen das BA/MA System zwangsweise aufgedrückt. ■

ANKÜNDIGUNG

Another education is possible – European Education Forum

Am 18. und 19. September werden sich die europäischen Bildungsminister in Berlin zu einer Konferenz im Rahmen des Bologna-Prozesses versammeln (siehe Artikel Seite 12).

Unter dem Motto »another education is possible« wird zeitgleich von verschiedenen Asten, globalisierungskritischen Hochschulgruppen und anderen das »European Education Forum« organisiert. Nach dem Vorbild des Europäischen Sozialforums in Florenz wird hier Studierenden, SchülerInnen und Lehrenden aus ganz Europa ein Forum geboten, um eigene Vorstellungen und Standpunkte zu entwickeln und zu diskutieren.

Ihr seid herzlich eingeladen, euch an Workshops, Diskussionen und der Abschlussdemonstration zu beteiligen. Kritik, Widerstand, Alternativen – hier können wir die Veränderungen im Bildungsbereich reflektieren, unsere Meinung artikulieren und uns für eine andere Bildung einsetzen.

I M P R E S S U M

Das **ASTA** info wird herausgegeben vom *astafu*, Otto-von-Simson-Str.23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839 091-0, per Mail unter info@astafu.de. Faxen an: 831 45 36. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Aktuelle Infos gibt es jeweils unter:

www.astafu.de

Auflage: 3.000

Druck: AStA-Druck

Redaktion: Manfred Suchan, Ralf Hoffrogge, David Hachfeld,

Sirii Anderson, Felix Roloff, Tobias Schulze

Optik & Fotos: Bert Buchholz

Dieses Asta-Info wurde vom Hochschulpolitischen Arbeitskreis für euch geschrieben! Der Arbeitskreis wurde gegründet auf Initiative des Referates für Hochschulpolitik beim AStA der FU. Referat und Arbeitskreis diskutieren und verwirklichen gemeinsam verschiedene Projekte. Wir sind offen für alle an linker und emanzipatorischer Hochschulpolitik interessierten Menschen und laden herzlich zum Mitmachen ein!

Kontakt: Ralf Hoffrogge, arbeitsadresse@gmx.net

Behindertenberatung

Telefon: 838 56 203
 Fax: 838 56 354
 E-Mail: andra@zedat.fu-berlin.de
 Ab dem 16.10.02 findet die Beratung mittwochs von 12⁰⁰-14⁰⁰ und 14³⁰-18⁰⁰ Uhr statt.
 Raum K 30/13 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12
 Mi 10⁰⁰-15⁰⁰
 Do 13⁰⁰-18⁰⁰

Sozialberatung

Telefon: 839 091-13
 Mi 16⁰⁰-18⁰⁰
 Do 11⁰⁰-14⁰⁰
 E-Mail: sozialberatung@astafu.de

AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17
 Di 14⁰⁰-18⁰⁰
 Mi 12⁰⁰-16⁰⁰
 Online: <http://www.auslaenderinnen.de/beratung.htm>
 E-Mail: beratung@auslaenderinnen.de

Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13
 Fr 11⁰⁰-16⁰⁰
 E-Mail: hochschulberatung@astafu.de

Heinzelmännchen-Beratung

Telefon: 831 60 71
 Mo 13³⁰-16⁰⁰
 Di 13³⁰-15⁰⁰
 Do 10³⁰-12³⁰
 Fr 10³⁰-12³⁰
 Bietet Beratung und Hilfe bei Diskriminierungsfällen im Zusammenhang mit der studentischen Arbeitsvermittlung Heinzelmännchen oder bei Lohnbetrug durch die von Heinzelmännchen vermittelten Arbeitgeber.

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10⁰⁰-18⁰⁰ UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

ASTA-BERATUNGEN

Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-22
 Mi 16⁰⁰-18⁰⁰

Frauenberatung

Telefon: 839 091-23
 Do 11⁰⁰-13³⁰

Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)
 Fr 13⁰⁰-17⁰⁰
 Mo 15⁰⁰-19⁰⁰
 Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>
 E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0
 Fr 16⁰⁰-18⁰⁰
 Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

STUDENTISCHE VOLLVERSAMMLUNG

am **29.4.03** um **14 Uhr**

im **Hörsaal 1a der Silberlaube**

Zu den Themen: siehe Editorial dieses AstA-Info